

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 36 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark für den ersten Tag, für den zweiten Tag 0,25 Goldmark, für den dritten Tag 0,20 Goldmark. Die Anzeigenpreise für die Tagesblätter sind in der Druckerei bekannt. Die Anzeigenpreise für die Wochenblätter sind in der Druckerei bekannt. Die Anzeigenpreise für die Monatsblätter sind in der Druckerei bekannt. Die Anzeigenpreise für die Jahresblätter sind in der Druckerei bekannt.

**Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung**

**Bezugspreise:** Für den halben Monat 1 G. Mark bei freier Zustellung durch Bahn. Postbezug für Monat 2,00 Goldmark für die Tagesblätter monatlich 2 Fr. 15. Anzeigenbezug: im Inlande höchstens 0,90 Goldmark, nach dem Einzelnummer 10 G. Pfennig. Ausland: 1,20 Goldmark.

**Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27 980, 27 981, 27 982, 27 983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060**

**Nr. 109 Freitag, 9. Mai 1924 XXXII. Jahrg.**

## Wieder ein englischer Schritt in Paris

### Ein neues Memorandum Macdonalds

**Die Folge der belgischen Vermittlungsaktion? — Eine internationale Anleihe nur ohne Sanktionen möglich**

WTB. Paris, 8. Mai. (Frankfurt) Aus früherer Quelle wird berichtet, Macdonald habe einen neuen Brief an Poincaré abgeben lassen. Das „Echo de Paris“ erklärt dazu, es habe noch nicht entschieden werden können, ob dieser Brief bereits am Dinstag eingetroffen sei. Das Blatt legt dem neuen englischen Schritt eine besondere Bedeutung bei und bringt ihn mit dem Besuch der belgischen Minister in England in Zusammenhang. Es schreibt: „Die belgischen Minister haben zwar immer behauptet, sie wolle keine Vermittler sein. Sie können aber nicht leugnen, daß sie sich als solche verhalten haben und daß sie immer noch die Rolle der „Quartiermacher“ einer eventuellen internationalen Konferenz spielen.“ Das „Echo de Paris“ ist der Ansicht, daß das Pariser Komitee aus seiner zurückhaltenden Position herauszutreten müsse. „Sollen wir“, so fragt das Blatt, „das Ende des Mai und das Ende der Räumung der belgischen Provinzen (die bekanntlich eine Zusammenkunft mit Mussolini planen. — D. Red.) abwarten, ehe wir uns in eine Verhandlung einlassen, die ohne unsere Teilnahme vielleicht eine sehr klare Stellungnahme gegen uns ergeben kann? Die Zeit ist gekommen, wo wir in London wie in Brüssel und Rom unseren Standpunkt darlegen müssen, denn wenn wir warten, werden wir unsere Stellung nicht verlieren.“

zen Brief an Poincaré gerichtet hat, und daß die Londoner Regierung in den nächsten Tagen ein ausführliches Memorandum über die Reparationsfrage in Paris überreichen lassen. Im „Daily Telegraph“ wird betont, daß die amerikanische Finanzwelt die vorherige Forderung neuer Sanktionen gegen Deutschland ablehnt, weil dadurch der Erfolg der geplanten Anleihe ernstlich in Frage gestellt würde. In London wird diese Auffassung geteilt, abgesehen von gewissen Kreisen, die durch Angehörige in dieser Frage eine frühere militärische Räumung der Ruhr von Frankreich zu erreichen hoffen. Weiterhin wird betont, daß die amerikanische Öffentlichkeit als Voraussetzung für die Anleihe auch die vollständige wirtschaftliche Räumung der Ruhr verlangt.

Das gleiche Blatt kommt abermals auf die Vertagung der Räumung des Rheinlandes zu sprechen. Artikel 429 wird auf englischer Seite neuerdings dahin angelegt, daß die Räumung zu dem im Vertrag festgesetzten Zeitpunkt nicht obligatorisch sei, sondern daß die Entscheidung darüber der Reparationskommission bzw. den beteiligten Befehlshabern freistünde. Eine Erleichterung der englischen Forderung durch eine französische sei nach Londoner Auffassung mit dem Vertrag vereinbar. Es scheint, daß die Frage der militärischen Räumung des Rheinlandes in den Diskussionen zwischen Paris und London neuerdings in den Vordergrund tritt. Falls die oben erwähnte Auffassung in englischen Kreisen Verbreitung finden sollte, wird auf deutscher Seite alle Aufmerksamkeit notwendig sein.

### Amerika gegen alle Sanktionen

London, 8. Mai. (Wg. Drahtbericht.) Nach der Erklärung, daß Macdonald nach seiner Zusammenkunft mit den belgischen Ministern einen weiteren

### Der Arbeitskampf im Ruhrbergbau

Düsseldorf, 7. Mai. Der ganze Ruhrbergbau mit Ausnahme von wenigen Zechen ruht ausnahmsweise. Die Bergarbeiter sind heute mindestens 90 Prozent nicht einzeln, sondern in kleinen Gruppen zusammengefallen. Die Arbeiter sind in großer Unruhe. Die Arbeiter sind in großer Unruhe. Die Arbeiter sind in großer Unruhe.

Der Streik auf den deutsch-oberschleisischen Gruben. Benthien, 7. Mai. Nach einer Mitteilung des Berg- und Hüttenmännischen Vereines ist die Streiklage auf den deutsch-oberschleisischen Gruben unverändert. Von den Eisenhütten hat sich die Belegschaft des Sittentals Meisow und der Zeche Legefelds dem Streik angeschlossen. Von gewerkschaftlicher Seite wird mitgeteilt, daß die Konferenz der Betriebsräte der Metallindustrie gestern in gleicher Abstimmung den Beschluß fasste, ebenfalls in den Streik zu treten. Ihre Streikforderungen bedien sich mit denen der Bergarbeiter. Für den Streik stimmten 51, dagegen 20 Betriebsräte.

### Erste Lage in Sachsen

Dresden, 7. Mai. Die Lage in den sächsischen Kohlenrevieren ist ernst. Die Behinderungen auf der Kohlenproduktion sind für die Industrie sehr bedauerlich. Die Arbeiter sind in großer Unruhe.

### Weitere Ausperrungen im Reich

Düsseldorf, 7. Mai. Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat wegen der Niederlegung der Arbeit in einigen anhaltischen Fabriken beschlossen, die Betriebe in Anhalt, in denen jetzt noch gearbeitet wird, zu schließen. Davon werden Tausende von Metallarbeitern betroffen. Die Schließung der Fabriken soll am 14. Mai erfolgen.

### Ländereinfahrt in Ostpreußen

Bergisch-Neudorf, 7. Mai. Im Ländereinfahrt wurden heute auf 312 Gütern in zwölf Kreisen der Provinz Ostpreußen 1800 Personen eingeleitet.

### Hergts Erklärungen im französischen Wahlkampf

Willkommene Hilfe für den Poincarismus

Telegramm unres. Korrespondenten. Paris, 8. Mai. (Wg. Drahtbericht.) Dr. Hergts Erklärungen über die künftige Außenpolitik der Deutschnationalen werden von den hiesigen Regierungsorganen mit Interesse beachtet. Da sich Hergt über seine außenpolitischen Pläne im einzelnen nicht äußern will, so nimmt man die „Deutsche Tageszeitung“ zu Hilfe, um sich über die Vorbereitungen zu informieren, die Hergt hinsichtlich des Reparationsausgleichs geltend machen könnte. Das Gelingen dieser Reparationsforderungen stellt die deutsche Regierung die Bedingung, daß die Reparationsforderungen durch die Zahlung von Reparationen erfüllt werden könnten. Es sei betont, daß man Hergts Erklärungen hier zu Beeinflussungen der Wählerstimmen gegen die linksrepublikanische Partei verwenden. Aufmerksamkeit werden die deutschen Zeitungen derlei, um Beweise für die Behauptung zu finden, daß der neue deutsche Reichstag dem Sachverhaltsverständnis sabotieren wolle. Nur unter der Führung dieser Propaganda könnte man sich auch noch Londoner Pressestimmen, welche sich über den neuen deutschen Reichstag pessimistisch äußern.

### Hergt und seine Fraktion

Von unserem B.-Mitarbeiter Berlin, 8. Mai. (Wg. Drahtbericht.) Das Ereignis des Tages sind auch heute noch die programmatischen Erklärungen des Herrn Dr. Hergt, die von der Berliner Presse im wesentlichen so eingeschätzt werden, wie das von uns geäußert ist. (Vergl. dazu unsere Ausführungen auf Seite 1 der gestrigen Ausgabe. Die Red.) Das der Deutschnationale Führer dem Mitarbeiter des „Vollanweisers“ mitgeteilt hat, ist, wie schon schon von den „Dresdner Neuesten Nachrichten“ betont wurde, in betrüblicher Umfassung eine Verleugnung der Grundsätze, die von den Deutschnationalen in den letzten Wochen vor der Wahl verkündet worden waren. Das wird von allen Parteien unterstrichen, mit denen die Deutschnationalen bei den Wahlen im Kampfe lagen. Hier und da sieht man aber auch weniger heilige Fronten, zu dem dieser immerhin plötzliche Sinneswandel herausfordert.

Die „Germania“ stellt die interessante Objektivität fest, zu der Herr Hergt sich nun durchgerungen hätte. Die „Vollständige Zeitung“ nennt seine Erklärungen ein „Heroldswort von dem hohen Hof der Väterlandspolitiker“. Die „Zeit“ heißt Herrn Hergt einen zum Sozialen gewordenen Sozialen und findet: Seine Außenpolitik müsse doch wohl einen ganz großen Erfolg erzielt haben, denn der Führer der Opposition bekenne sich nun noch den Wahlen genau zu der gleichen Politik, nachdem während der Wahlen von den Deutschnationalen gefordert worden war, die Regierung um ihrer außenpolitischen Haltung willen vor dem Staatsgerichtshof zu stellen. Der „Vorwärts“ aber greift Herrn Dr. Hergts Wendung vom Bund der auf, das wir loben erhebt hätten, und höhnt: „Herr Hergt befindet sich in einer rasenden Entwicklung. An ihm selber vollziehen sich Wunder, und man darf an weitere glauben.“

Was Herrn Hergt und den ihm nahestehenden Teil seiner Partei angeht, möchten wir zu solche Wunder, will sagen: zu eine weitere Entwicklung zu Selbstbescheidung und Verantwortungsfähigkeit, glauben. Tragt sich nur, ob die 100 oder 105 Mann, die der Deutschnationale Führer in seinen Übermann vereinen zu können hofft, diese Entwicklung auch mitmachen werden. Die „Zeit“ äußert Zweifel, die „Germania“, die an sich die Vereinstschaft der Zentrumspartei anspricht, dem Stimmengewinn der Deutschnationalen Rechnung zu tragen, wenn diese auf den bisherigen außenpolitischen Kurs einstimmen, allerlei Bedenken.

Auch wir vermögen im Augenblick der gleichen Zweifel nicht zu bannen. Es ist doch ungenügend bezeichnend, daß die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Abendblatt von der schließlich nicht unbedeutlichen Rundgebung des Parteiführers überhaupt keine Notiz nimmt. In der „Deutschen Zeitung“ aber deutet Herr Dr. Hergts Rede bereits an, daß die neue Deutschnationale Fraktion sich veranlaßt sehen könnte, eine andere Politik zu betreiben als die von der Partei vorkommende heute empfohlene: „Wir jedenfalls müßten schon heute erklären, daß die Fraktion für zukünftige Wahlen sich ihr eigenes Grab graben würde, wenn sie sich nicht dazu entschließt, über den Jann der Parteigrenzen hinaus zur Führerin des ganzen überparteilich-nationalen Deutschlands zu werden.“

Es mußte also bedenklich in dem eben erst erhaltenen „Nationalen Bund“, und es erhebt sich auch noch

ein erheblicher Weg bis zu dem Augenblick, wo die Deutschnationalen die Zügel der Regierung ergreifen werden können. Das „Nachtur-Abendblatt“ macht sich den Spott, schon heute die Kandidatur für eine von den Deutschnationalen geführte Regierung zu nennen. Das Blatt erzählt: man denke an Tirpitz, man denke an Herrn Dergt selber, man denke schließlich, da die beiden ersten aus mancherlei Gründen nicht in Betracht kommen könnten, auch an den 70-jährigen Fürsten Bismarck.

### Süß Bülow als Deutschnationaler Reichstagskandidat?

Das „Nachtur-Abendblatt“ will wissen, daß man in deutschnationalen Kreisen sehr erkrankt die Möglichkeit erwirte, den ehemaligen kaiserlichen Reichstagsminister Fürsten Bismarck als deutschnationalen Kandidaten des neuen Reichstags zu präsentieren. Neben dem Parteiführer Dr. Hergt sei auch Admiral v. Tirpitz als kommandierender Kandidat genannt worden, beide Kandidaturen werde aber nicht sehr ernst genommen. Offiziell nicht etwa die des Fürsten Bismarck. Wir möchten zwar annehmen, daß es sich bei den Mittelnamen des Berliner Blattes zunächst lediglich um Reporter-erfahrungen handelt. Immerhin muß die Nachricht, nachdem man loben darf die teilweise beschränkten Ausdrücken eines großen Teiles der deutschen Presse gelesen hat, die dem ehemaligen Kandidaten zum 75. Geburtstag dargebracht wurden, sehr nachdenklich stimmen. Diese Ausdrücke waren ein geradezu erschreckender Beweis, wie unendlich geringe Fortschritte trotz aller Erfolge die Erziehung des deutschen Volkes und — was noch viel schlimmer ist — seiner verantwortlichen Publizistik auf außernationalen Gebiete gemacht hat. Es könnte bedauern nicht überlassen, wenn man — und zwar nicht etwa nur in deutschnationalen Kreisen, sondern wenn man sich an gewisse politische Vorkommnisse zwischen Bülow und den ehemaligen Konservativen erinnert, gerade dort nicht in erster Linie — auf den Gedanken kommen sollte, dem Deutschen Reich in einer entscheidenden Entscheidungsperiode von nicht zu übersehender Bedeutung einen Kandidaten aus längst vergangener unglücklicher Kaiser-Bismarck-Periode als Reichstagskandidat zu präsentieren.

Über die rechten Zeit erweist in diesen Tagen ein Band des Verfassers der „Vollständige Zeitung“ den „Nachtur-Abendblatt“, des bekannten Publizisten Dr. Paul Garms, der unter dem Titel „Die vierzehnte Reichspolitik“ (Verlag Quelle und Neuberger in Leipzig) den Ursachen des deutschen Niedergangs nachgeht und die Vorbedingungen erneuten Aufstiegs sich aufzuarbeiten bemüht. Dr. Paul Garms faßt sein Urteil über das „Bismarck-Jahr“ in der deutschen Geschichte in folgenden scharfen, aber gerechten Worten zusammen:

„Im Bismarck-Jahr hat der deutsche Volkstörper so ungeheure Mengen von Rauschgiften des Selbstbetruges zu schlucken bekommen, daß dieser Körper wehrlos geworden war gegen den Schwindel der Artzweiligkeit, der ihm in kritischen Stunden empfahl, sich über die militärische Lage keine Sorgen zu machen, der ihm einredete, die Zeit arbeite für uns, und der die unerhörteste Vermögensverschwendung festzustellen mit anjah, ohne auch nur den Versuch zu machen, der Verarmung der handwerklichen Schichten Einhalt zu tun und den hemmungsvollen Erwerbtrieb des Kleinrentneriums unter das Staatsinteresse zu bringen. Der unentbehrliche Reiz von politischem Ehrgefühl, den ein Volk behalten muß, um sich im Kampf um Sein oder Nichtsein zu behaupten, ist in den fünfzig Jahren im Bismarck-Jahr abgetrieben worden.“

Diesem Mann bildete ein vollstimmiger immer noch ahnungsloses Volk, das in der vergangenen Woche befehlte, diesen Mann nennt man noch heute als Reichstagskandidaten. Nur in Deutschland kann man sich schreien nicht daran gewöhnen, daß politische Feste wirklich tot sind, sondern verachtet mit lebenden Beispielen zu reizen. Man lasse den großen Führer in seiner schönen Villa Rast zu Rom ruhig seine Tage dahinfließen. Politisch erklärt er nicht mehr für ein Volk, das noch eine Zukunft zu haben glaubt.

### Plötzliche Bescheidenheit

Deutschnationaler Liebeswerben Berlin, 8. Mai. (Wg. Drahtbericht.) Die „Germania“ glaubt feststellen zu können, daß man in deutschnationalen Kreisen dabei sei, den Fürsten Bismarck als Reichstagskandidaten zu präsentieren. Neben dem Parteiführer Dr. Hergt sei auch Admiral v. Tirpitz als kommandierender Kandidat genannt worden, beide Kandidaturen werde aber nicht sehr ernst genommen.